

SITZUNGSVORLAGE

Nr.	1	8	- V -	1	4	-	0	0	0	1
		(lahr-V-Δmt-Nr)								

		(,	(Jahr-V-Amt-Nr.)					
Betr	eff:	Dezernat(e)	<u>l/14</u>					
Jahre	esabschluss zum 31.12.2016 der LH\	W - Entlastung						
Anlaç	ge/n siehe Seite 3							
Ве	ericht zum Beschluss Nr. vom							
Stellu	ıngnahmen							
Pers	sonal- und Organisationsamt	nicht erforderlich .	erforderlich C					
Kän	nmerei	reine Personalvorlage	○ → s. unten •					
Rec	htsamt	nicht erforderlich .	erforderlich C					
Um	weltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich .	erforderlich C					
Frau	uenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich .	erforderlich C					
	- der HGO	nicht erforderlich •	erforderlich C					
Stra	ßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich .	erforderlich C					
Proj	ekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich .	erforderlich C					
Son	stige:	nicht erforderlich •	erforderlich C					
Bera	utungsfolge		DL-Nr.					
			(wird von Amt 16 ausgefüllt					
a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich .	erforderlich C					
	Kommission	nicht erforderlich .	erforderlich C					
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich	erforderlich C					
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich . •	erforderlich C					
	Magistrat	Tagesordnung A •	Tagesordnung B C					
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistr	atsmitglieder					
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich C	erforderlich •					
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich	nicht öffentlich C					
Best	ätigung Dezernent							
Sva	n Gerich							
	ürgermeister							
Vern	nerk Kämmerei	Wies	baden, .05.2018					
☐ St	ellungnahme nicht erforderlich							
	e Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlic siehe gesonderte Stellungnahme	Imholz Stadtkämmerer						

<u>A</u>	Fi	<u>nanz</u>	<u>zielle Aus</u>	wirkung	<u>en</u>				
Mit	der	antra	gsgemäßen I	Entscheidur	☐ fi	eine finanzi nanzielle Au n diesem Fall bit	uswirkunge	en verbunde	
<u>I.</u>	Akt	<u>tuelle</u>	Prognose E	rgebnisred	hnung Dez	<u>ernat</u>			
ΗN	HMS-Ampel								
							abs.: in %:		
<u>II.</u>	II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat								
Investitionscontrolling Investition Instandhaltung									
Bu	Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: in %:								
<u>III.</u>	III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage								
Es handelt sich um Mehrkosten budgettechnische Umsetzung									
IM	со	Jahr	Bezeichnung	Gesamt- kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperre, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Sui	nme	einma	lalige Kosten:						
Sui	nme	Folge	kosten:					<u> </u>	
Ве	i Be	darf H	linweise /Erlä	uterung:					

Seite 2 der Sitzungsvorlage Nr. 1 8 -V- 1 4 - 0 0 0 1

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)
Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Beschluss über den geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2016 der Landeshauptstadt Wiesbaden sowie Entlastung des Magistrats gemäß § 114 HGO für das Haushaltsjahr.

Anlagen:

- Prüfbericht der Revision zum Jahresabschluss 2016 der LHW
- Jahresabschlussbericht 2016 der LHW

C Beschlussvorschlag:

Jahresabschluss zum 31.12.2016

- Der durch das Revisionsamt geprüfte Jahresabschluss 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von insgesamt 55.454.127,57 € ab. Das Jahresergebnis setzt sich aus einem ordentlichen Jahresüberschuss von 58.748.614,48 € sowie einem außerordentlichen Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.294.486,91 € zusammen.
- 2. Die Jahresüberschüsse werden mit den Rücklagen aus ordentlichem und außerordentlichem Ergebnis verrechnet. Für folgende Haushaltsjahre stehen damit Rücklagen aus Überschüssen in Höhe von 148.400.980,48 € zur Verfügung.
- 3. Auf der Grundlage der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse und der Einschätzung der bilanziellen Auswirkungen der vom Revisionsamt berichteten Prüfungsfeststellungen entspricht der Jahresabschluss den gemeindehaushaltsrechtlichen, landesrechtlichen und den ergänzenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LHW.

Der Rechenschaftsbericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der LHW und stellt die Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Dem Jahresabschluss zum 31.12.2016 konnte ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt werden.

4. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Dem Magistrat wird gemäß § 114 HGO die Entlastung für den Jahresabschluss 2016 erteilt.

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 11. Mai 2018 1402 2149 co

Sven Gerich Oberbürgermeister